

Das superrote Infoblatt

Kommunalpolitische Informationen der KPÖ Linz

KPÖ



Mit dem Monatsticket um 10 Euro für die Linz Linien ist der Aktivpass ein wichtiger Beitrag für den öffentlichen Verkehr.

Rechtzeitig ein Zeichen setzen – Sozialabbau stoppen!

Die schwarz-blaue Landeskoalition betreibt die Kürzung der Mindestsicherung. In Linz planen SPÖ und FPÖ Verschlechterungen beim Aktivpass.

Besondere soziale Härten haben die Kürzungen der Mindestsicherung für Mehrkindfamilien und Asyl- und Schutzberechtigte zur Folge. Die Mindestsicherung für Mehrkindfamilien soll

bei 1.500 Euro im Monat begrenzt, die der Asyl- und Schutzberechtigte auf 320 Euro gekürzt werden. Eine breite Protestbewegung unter dem Motto „Hände weg von der Mindestsicherung“

hat sich formiert um sich der schwarz-blauen Stimmungsmache auf Kosten der Ärmsten entgegen zu stellen. Aber auch dem Linzer Aktivpass drohen Verschlechterungen.



Gerlinde Grün
KPÖ-Gemeinderätin

Rot-blauer Koalitions пакт

Im Linzer Gemeinderat koalieren SPÖ und FPÖ. Das tut Linz nicht gut.

Die Gemeinderatswahlen 2015 brachten ein herbes Ergebnis für die einst allmächtige SPÖ. Sie verlor 6 Mandate. Die FPÖ verdrängte die ÖVP vom zweiten Platz. Die Grünen gewannen dazu. Die NEOS schafften den

Einzug. Und die KPÖ verteidigte mit einem satten Zugewinn ihr Mandat. Die Mehrheitsbildung ist schwierig geworden. Die SPÖ schloss daher einen Pakt mit der FPÖ mit weitreichenden Zugeständnissen. So soll etwa der Zugang zum Aktivpass erschwert werden. Das Sparen bei sozialen Belangen ist damit Programm dieser Koalition geworden.

Können wir uns die Mindestsicherung nicht mehr leisten?

Angetrieben von der FPÖ forciert die ÖVP die Verschlechterung der Mindestsicherung. Diese soll für anerkannte Flüchtlinge massiv gekürzt und für Familien mit 1.500 Euro gedeckelt werden.



Ina Pree Studentin

Vor dem Hintergrund des Hypo-Skandals stellt sich nicht die Frage, ob wir uns die Mindestsicherung, welche den Menschen ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe ermöglicht, leisten können. Denn das können wir! Die Frage ist ob sich eine Gesellschaft dieses Instrument leisten will. Und ja, das sollte sie.



Thomas Erlach Praxeologe, Betriebsratsvorsitzender EXIT-sozial Linz und AK-Rat des GLB

Ein Großteil der MindestsicherungsbezieherInnen ist berufstätig. Viele Löhne sind aber so gering, dass eine Aufzahlung nötig wird. Ein gesetzlicher Mindestlohn von 1.760 Euro monatlich, wie ihn der GLB fordert, würde die Zahl der MindestsicherungsbezieherInnen verringern.



Reinhard Leonhardsberger Plattform Solidarität

Die Kosten für die Mindestsicherung sind auch bei einer Zunahme an Asylberechtigten bewältigbar und selbst für eine Kürzung für Mehrkindfamilien oder beim Kindergeld gibt es keinen budgetären Anlass. Wer Ihnen das Gegenteil erzählt, weiß es entweder nicht besser, oder lügt. Entscheiden Sie selbst!

Gratis-Bim statt Gratisparken

FP, VP und NEOS haben die 2013 eingeführte Verlängerung der Gebührenpflicht Anfang 2016 wieder abgeschafft, diese gilt damit an Samstagen wieder nur bis 12 statt bis 15 Uhr.

Die Stadt verliert damit jährlich rund 400.000 Euro Parkgebühren, die Umstellung der Parkscheinautomaten kostet weitere 60.000 Euro. Gefordert wurde dies vor allem von der innerstädtischen Shoppingwirtschaft. Wir von der KPÖ halten diese Entscheidung für ein verkehrspolitisch falsches

Signal. Innovativ wäre gewesen mit den Parkeinnahmen an Samstagnachmittagen einen Nulltarif auf Öffis zu finanzieren.

Zuviel Autoverkehr

Autos nehmen viel städtischen Platz weg. Wenn man mehr Lebensqualität für die Menschen in der Stadt will, dann muss man den Autoverkehr reduzieren. Auf der anderen Seite muss aber auch der öffentliche Verkehr, Gehen und Radfahren ausgebaut und attraktiver gemacht werden. Shopping bedeutet nicht unbedingt Autonutzung.



Michael Schmida
Lehrer und Verkehrssprecher
der Linzer KPÖ

Aktivpass: Bleib wie du bist!

Nicht mehr das Individualeinkommen, sondern das Haushaltseinkommen soll hinkünftig den Zugang zum Aktivpass regeln.



Seit 27 Jahren bietet der Aktivpass für LinzerInnen mit geringem Einkommen eine Lebenshilfe für den Alltag. So ermöglicht der Aktivpass durch vergünstigte Eintritte aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Das 10 Euro-Monatsticket der Linz Linien gewährleistet ökologische Mobilität.

Der Aktivpass ist niedrigschwellig, relativ unbürokratisch und unabhängig vom PartnerInneneinkommen oder Haushaltseinkommen und damit vor allem für Frauen ohne eigenes oder geringem Einkommen wichtig. Aktuell verfügen rund 42.500 LinzerInnen über einen

Aktivpass, 70 Prozent davon sind Frauen.

Verschlechterung geplant

Seit Jahren ist die FPÖ bestrebt, den Aktivpass einzuschränken und erreichte 2014 die Streichung des Anspruchs für Studierende mit Nebenwohnsitz in Linz. Nun ist im rot-blauen Koalitionsvertrag beabsichtigt, das Haushaltseinkommen als Grundlage für den Anspruch zu verwenden. Damit würden schlagartig viele tausende BezieherInnen den Anspruch auf den Aktivpass verlieren.

Daher hat die KPÖ die Aktion „Aktivpass: Bleib wie du bist!“ gestartet

um zu informieren und damit einen wichtigen Beitrag zur Rettung des Aktivpasses zu leisten.

Dreifach sinnvoll

Der Aktivpass ist dreifach sinnvoll:

- + der Aktivpass ist niedrigschwellig und damit auch unbürokratisch, die Kosten für die Ausstellung am Bürgerservice sind gering.
- + der Aktivpass schafft Teilhabe an günstiger, ökologischer Mobilität und ermöglicht Bildung und Freizeitangebote
- + der Aktivpass bringt zusätzliches Potential für die städtischen Verkehrsbetriebe, Kultur-, Bildungs-, und Freizeiteinrichtungen.

Infos:

Alle Infos zur Aktion „Aktivpass: Bleib wie du bist“ gibt es im Web auf www.aktivpasslinz.at und auf Facebook unter www.facebook.com/aktivpasslinz.

Infomaterial (Unterschriftenlisten, Folder, Postkarten, Aufkleber, Kleinplakat) bitte anfordern: Mail ooe@kpoe.at, Telefon 0732 652156 oder Antwortkarte auf Seite 4.

Splitter aus dem Gemeinderat

KPÖ erinnert zum Budget

Kaum genutzt werden sogenannte Erinnerungen, die zum Budget eingebracht werden können. So wie in den Vorjahren hat der KPÖ-Bezirksvorstand Linz auch zum Voranschlag 2016 mit 25 Erinnerungen auf wichtige Maßnahmen zur Verbesserung des Lebens in unserer Stadt aufmerksam gemacht.

Wahllokale mit Barrieren

Wie Bürgermeister Luger in einer Stellungnahme zu einer KPÖ-Anfrage bei der Gemeinderats-sitzung im Dezember bestätigte, waren bei der Wahl 2015 nicht weniger als 62 Wahllokalen nach den geltenden Kriterien nicht barrierefrei. Als Alternative verwies der Bürgermeister auf die Briefwahl.

Kaum freie Plakatflächen

In einer Anfrage thematisierte KPÖ-Gemeinderätin Gerlinde Grönn freie Plakatflächen für Vereine und Veranstaltungskündigungen. Laut Bgm. Luger gibt es nur fünf Standorte für freie Plakatierung, hingegen werden 39 Litfaßsäulen kommerziell vom SPÖ-Werbering betreut.

Unterstützung für Flüchtlinge

Bei Stimmenthaltung der FPÖ wurde ein gemeinsamer Antrag von Grünen, NEOS und KPÖ für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen beschlossen. Dazu stellte GR Grönn fest, dass seit der ersten derartigen Debatte im Frühjahr viel Zeit verloren ging um die städtischen Leerstände zu erfassen.

Linzer SPÖ steht auf „Graue Wölfe“

Obwohl ein SPÖ-Parteitag 2014 beschloss, die Kooperation mit dem türkischen Kulturverein Avrasya einzustellen, will die Linzer SPÖ das nicht zur Kenntnis nehmen.

Hinter Avrasya stehen die faschistischen „Grauen Wölfe“ und deren extrem nationalistische Partei MHP, die alles was nicht türkisch ist bekämpfen – Kurden, Armenier, Juden und Linke.

Seit Jahren setzt die SPÖ zur Wählerstimmenmaximierung auf den rechten

Verein. Avrasya führt Hetzveranstaltungen in Volkshäusern durch, sitzt im Migrationsbeirat und Bgm. Luger, Ex-Stadtrat Giegler und Gemeinderat Leidenmühler waren gern gesehene Gäste bei Avrasya-Veranstaltungen.

Auf eine Anfrage der KPÖ im Jänner-Gemeinderat antwortete Integrationsstadträtin Hörzing ausweichend. Sie meinte bloß, dass Avrasya keine Basisförderung erhalten solle, für den Beirat, die Vergabe der Volkshäuser und Besuche von SPÖ-PolitikerInnen sei sie nicht zuständig.



Der Verein Avrasya beim Maiaufmarsch der SPÖ 2014.

Linz braucht Ampelpärchen

Der Rechtsruck verschärft die Situation für Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitik.

Der Linzer Ampelpärchenstreit ist mehr als eine amüsante Posse, die mediale für großes Aufsehen sorgte. Als Ergebnis der Linz Regierungsverhandlungen im Herbst wanderte das Verkehrsressort zur FPÖ.

Nun könnte man meinen, dass das von einer rückständigen Verkehrspolitik ge-

plagte Linz, genügend Möglichkeiten zur Profilierung für einen Verkehrsreferenten bieten könnte. Nichts desto trotz ließ der frisch angelobte Stadtrat Hein in einer Nacht- und Nebelaktion die im Sommer 2015 als Zeichen der Akzeptanz an der Mozartkreuzung angebrachten Ampelpärchen abmontieren.

Erreichtes ist nicht sicher

Erst die massive zivilgesellschaftliche Gegenwehr und ein von SPÖ, Grünen, KPÖ und NEOS getragener Gemeinderatsbeschluss zwangen den blauen Stadtrat zur Wiederanbringung der Ampelpärchen Ende Jänner. Die im Zuge des Ringens um die Ampelpärchen zu Tage getretene Homophobie und Verächtlichmachung von symbolischer Gleichstellungspolitik zeigt auf wie dünn das Eis für bis dato Erreichtes geworden ist.

Aktuell, Nummer 2, März 2016

Impressum: Medieninhaberin (Verlegerin), Herausgeberin: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon +43 732 652156, Mail ooe@kpoe.at, Web ooe.kpoe.at; Konto Oberbank IBAN AT52 1500 0004 8021 9500, BIC OBKL AT2L, Druck: druck.at, Leobersdorf. Fotos: Scheinost, Archiv, Meister Eder



Antwortkarte (oder E-Mail an: ooe@kpoe.at) Ja, ich bin interessiert, schickt mir Infomaterial:

Aktivpass: Unterschriftenliste Folder Postkarte Aufkleber Plakat A3

Folder: KPÖ im Gemeinderat Energiegrundsicherung Asylpolitik

Broschüre: Sepp Teufel Februar 1934 Freifahrt Henriette Haill

Probeexemplar: Volksstimme Die Arbeit Der Mieterschutz Café KPÖ

Newsletter an meine E-Mailadresse:

Name und Anschrift:

Porto bei der Empfängerin einheben

ANTWORTSENDUNG

An die
KPÖ-Linz
Melicharstraße 8
4020 Linz